
WAHLPROGRAMM FÜR OBERURSEL

gruene-oberursel.de



Vi.S.d.P.:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ortsverband Oberursel
Ilja Moreth
Urselbachstr. 81
61440 Oberursel
ilja.moreth@gruene-oberursel.de

Auflage: 100 Expl.

Beschlossen auf der Ortsmitgliederversammlung am 15.10.2015

Inhalt

| | |
|---|----|
| Kapitel 1: UMWELT- UND NATURSCHUTZ | 4 |
| Kapitel 2: SOZIALPOLITIK | 6 |
| Kapitel 3: STADTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU | 9 |
| Kapitel 4: MOBILITÄT | 12 |
| Kapitel 5: FINANZEN UND WIRTSCHAFT | 14 |
| Kapitel 6: BÜRGERBETEILIGUNG UND DEMOKRATIE | 16 |

Kapitel 1: UMWELT- UND NATURSCHUTZ

Umweltpolitik ist die zentrale Richtlinie für GRÜNES Handeln. Der Einsatz für eine intakte Umwelt steht im Zentrum GRÜNER Politik. Im Vordergrund steht dabei der Erhalt und Ausbau der Lebensgrundlagen für Pflanzen, Tiere und Menschen. Dabei streben wir eine möglichst weitreichende Biodiversität an.

Lassen sich Eingriffe in die Natur nicht vermeiden, so müssen diese an anderer Stelle im Stadtgebiet ausgeglichen werden. Oberursels Naturflächen wollen wir so vernetzen, dass ein System von Biotopverbänden entsteht.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Umweltschäden der Vergangenheit durch Sanierungsmaßnahmen beseitigt werden und dadurch eine Verbesserung der Lebensqualität erreicht wird. Zukünftigen Generationen wollen wir keine zusätzlichen Lasten vererben.

Die Stadt Oberursel muss sich weiterhin für die Umsetzung der Energiewende einsetzen. Daher unterstützen wir die Investitionen der Stadtwerke in erneuerbare Energien. Der städtische Gebäudebestand soll energetisch saniert werden. Sofern die städtischen Finanzen dies zulassen, sind Anreize für Privathaushalte zur energetischen Sanierung zu schaffen.

GRÜNE Umweltpolitik für Oberursel heißt konkret:

- Naturnahe Bewirtschaftung des Stadtwaldes und Zertifizierung nach FSC-Standards
- Entwicklungs- und Pflegekonzept für den Urselbach und seine Auen
- Weitestgehend naturnahe Pflege des innerstädtischen Grüns
- Baumpflegearbeiten sollen innerstädtische Bäume so lange wie möglich erhalten, Fällungen sollten vermieden werden. Vor Baumpflegearbeiten soll öffentlich über die Durchführung und das Ziel der Maßnahme informiert werden.
- Erarbeitung von Strategien zur Anpassung an den Klimawandel
- Förderung von Urban Gardening-Projekten
- Verzicht auf den Einsatz von Glyphosat
- Verzicht auf Laubbläser und -sauger auf Grünflächen, Umstieg auf Akkugeräte im Straßenraum
- Aktive Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs in der Stadt, z. B. durch energetisch optimierte städtische Gebäude und
- Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED
- Regenerative Energien nutzen und erzeugen.
- Weitere Umstellung des städtischen Fuhrparks auf alternative und effizientere Antriebsarten

Kapitel 2: SOZIALPOLITIK

Zu unserem GRÜNEN Leitbild eines nachhaltigen Oberursel gehören auch die Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Solidarität. Auch und gerade in einer relativ wohlhabenden Stadt bedürfen die Schwächeren der Unterstützung der Gemeinschaft. Dazu gehören nicht nur sozial schwache Familien, Senioren und Menschen mit Behinderungen. Oberursel ist auch Heimat für Menschen jeglicher Herkunft.

Die Integration von Flüchtlingen ist eine Aufgabe der gesamten Stadtgesellschaft. Einen wesentlichen Beitrag müssen aber der Hochtaunuskreis und die Stadt Oberursel leisten, indem sie eine verlässliche hauptamtliche Struktur gewährleisten.

Neben tätiger Selbsthilfe und aktiver Bürgersolidarität durch Vereine und Körperschaften muss und soll die Stadt Oberursel einen aktiven Beitrag zur Schaffung einer solidarischen Kommune leisten.

Wir GRÜNEN setzen uns für den Erhalt unserer vielfältigen Beratungs-, Begegnungs- und Integrationsangebote für alle Generationen ein. Diese haben nicht zuletzt die Aufgabe, die jeweiligen persönlichen Fähigkeiten der Menschen zur Entfaltung zu bringen. Wir wollen insbesondere das generationenübergreifende Zusammenleben fördern. Dabei besteht auch die Möglichkeit eines besseren Wissens- und Erfahrungsaustausches zwischen den Generationen. Wir GRÜNE vertreten das Prinzip der Inklusion. Dies bedeutet, dass wir gemeinschaftlichen und integrativen Einrichtungen den Vorrang geben gegenüber Spezialangeboten, die auch ausgrenzen können.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für uns ein wichtiges Merkmal hoher Lebensqualität, das es zu erhalten und auszubauen gilt. Um allen Kindern aus allen Familien die bestmöglichen Chancen im Leben zu geben, begreifen wir Betreuungsangebote gerade auch als Bildungsangebote, die es nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ auszubauen gilt. Dabei setzen wir uns für ein vielfältiges Angebot und größtmögliche Wahlfreiheit für die Familien ein. Wir sind aktiver Partner der Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, wie auch der Tagespflegepersonen in unserer Stadt.

GRÜNE Sozialpolitik heißt konkret:

- Erhalt und Weiterentwicklung des erfolgreichen Projektes „Frühe Hilfen“
- Erhalt der Betreuungsvielfalt in der Kinderbetreuung, auch durch die Unterstützung und Förderung von Tagespflegepersonen
- Bevorzugte Schaffung von Vollzeitstellen in U3-Gruppen, um den besonderen Bedürfnissen von Kleinkindern nach Kontinuität ihrer Bezugspersonen nachzukommen
- Intensivierung der Sprachförderung in den Kindertagesstätten, um vor allem Migrantenkindern eine schnelle Integration zu ermöglichen
- Konsequenter Ausbau der Nachmittagsbetreuung in Grundschulen durch Umsetzung des Landesprogramms “Pakt für den Nachmittag” bzw. Unterstützung beim Umbau in Ganztagschulen

- Erhalt und Entwicklung von Treffpunkten für Jung und Alt in allen Stadtteilen
- Unterstützung der Arbeit des Kinder- sowie des Jugendbüros
- Erhalt und Ausbau der Mobilen Jugendarbeit und Etablierung von Jugendangeboten auch in den Stadtteilen
- Förderung des Ehrenamtes. Hier gilt es besonders bei Jugendlichen Begeisterung zu wecken.
- Ausbau der Angebote des „Oberursel Passes“, der vielen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.
- Aktives Engagement für die Unterstützung und Integration Geflüchteter, die bei uns Schutz suchen, insbesondere Anerkennung und Unterstützung von Vereinen und Initiativen, die sich für die Integration von Migranten in ihr Vereinsleben stark machen.
- Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende bei städtischen Gesellschaften im Rahmen der neuen gesetzlichen Möglichkeiten

Kapitel 3: STADTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU

Oberursel ist eine wachsende Stadt, die mitten in der dynamischen Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main liegt. Damit Oberursel weiterhin eine lebenswerte Stadt für alle Menschen, unabhängig von sozialem Milieu und Einkommensklasse, bleibt, müssen wir diese Stadtentwicklung ökologisch und sozial aktiv gestalten.

Baupolitik in Oberursel muss umweltpolitisch nachhaltig sein, d.h. Eingriffe in die knappen ökologischen Ressourcen sind so gering wie möglich zu halten und, soweit es möglich ist, auszugleichen. Bauen in Oberursel muss sich immer in die bauliche und soziale Umgebung einfügen. Wir wollen Grünflächen und Ortsränder schützen. Zersiedelung und Versiegelung ist zu vermeiden. Die grünen Ortsränder stellen wichtige Naherholungsgebiete und landwirtschaftliche Flächen dar und tragen als sichtbare grüne Grenze zu den Nachbarstädten zur Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt bei.

Wir stehen ein für eine vorrangige Entwicklung der innerstädtischen Flächen. Wohnraum ist am besten zu schaffen durch optimierte Nutzung bereits erschlossener und versiegelter Flächen. Die Stadt muss im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten eine aktive Baupolitik betreiben, um zum Bau von günstigen Mietwohnungen beitragen.

Dabei sollen die Förderprogramme des Landes Hessen zum sozialen Wohnungsbau genutzt werden. Wir fördern ökologisches und nachhaltiges Bauen und unterstützen gemeinschaftliche Wohnprojekte.

Sollten alle innerstädtischen Möglichkeiten zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums ausgeschöpft worden sein, kann die Notwendigkeit entstehen, im Einzelfall auch Bauflächen an der Peripherie zur Verfügung zu stellen. Unter diesen Umständen halten wir es für gerechtfertigt, in eine behutsame, schrittweise bauliche Entwicklung von Teilflächen von Bommersheim-Süd einzusteigen.

Wir GRÜNE setzen uns für eine vorausschauende Flächenbevorratungspolitik ein. Die Stadt benötigt Grünflächen für ökologische Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen von städtischen und privaten Baumaßnahmen. Solche Ausgleichsmaßnahmen sollen möglichst innerhalb des Oberurseler Stadtgebietes umgesetzt werden.

Der Oberurseler Stadtwald ist als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, in seiner Funktion für ein gesundes Stadtklima und Trinkwasser und als Naherholungsraum zu erhalten und naturnah zu bewirtschaften.

GRÜNE Politik zur Stadtentwicklung und Städtebau heißt konkret:

- Innenentwicklung vor Außenentwicklung: Moderate innerstädtische Verdichtung und Entwicklung von innerstädtischen Brachflächen bei weitestgehendem Verzicht auf die Entwicklung von Baugebieten an den Ortsrändern
- Erhalt und Weiterentwicklung der Grünflächen im Innenbereich und an den Ortsrändern
- Umsetzung von ökologischen Ausgleichsmaßnahmen im Oberurseler Stadtgebiet anstatt über den Ankauf von „Ökopunkten“
- Förderung von preisgünstigem bzw. sozialgebundenem Wohnraum, auch durch städtische Wohnungsbauprojekte und durch Ankauf von Belegrechten durch die Stadt
- Altersgerechte und barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes
- Unterstützung von Formen betreuten Wohnens bzw. generationsübergreifenden Wohnprojekten durch die Stadt
- Etablierung eines städtischen Gestaltungsbeirats als Beratungsgremium für Verwaltung und Stadtpolitik. Ziel des Gestaltungsbeirats soll sein, die architektonische und städtebauliche Qualität auf einem hohen Niveau zu sichern und fortzuschreiben sowie Fehlentwicklungen in Architektur und Städtebau zu vermeiden

Kapitel 4: MOBILITÄT

Eine wachsende Stadt stellt auch zunehmende Anforderungen an die Mobilitätsinfrastruktur. GRÜNE Verkehrspolitik stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Fußgänger, Radfahrer und der ÖPNV haben für uns Vorrang vor einem Ausbau der Infrastruktur für Autos.

Oberursel verfügt über ein attraktives Nahverkehrsangebot. So erfreut sich die U3 großer Beliebtheit. Die gute Anbindung an die Metropolregion Rhein-Main macht Oberursel als Wohn- und Investitionsstandort attraktiv. Insofern ist jeder Euro in den Nahverkehr gut investiert. Seit Jahren kämpfen wir GRÜNEN erfolgreich für modern gestaltete, helle und barrierefreie Haltepunkte. Wir wollen das Stadtbussystem erhalten und weiterentwickeln. Zur Reduzierung von Schadstoff und Lärmemissionen setzen wir uns für alternative Antriebsformen der Busse ein.

Die Benutzung des Fahrrades als Alltagsverkehrsmittel soll noch selbstverständlicher werden. Das Radwegenetz hat sich durch kontinuierlichen Ausbau sehr gut entwickelt. Diese Entwicklung gilt es durch zusätzliche Radverbindungen und die Fahrradstation am Bahnhof weiter zu treiben.

Der Sicherheit von Fußgängern, insbesondere der schwächeren, wie Kinder, Mobilitätseingeschränkte oder Sehbehinderte, gilt unser Augenmerk bei der Sanierung und Umgestaltung von Verkehrswegen.

Als wichtigen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz fördern wir alternative Antriebsformen im Individualverkehr. Zur Förderung der Elektromobilität setzen wir uns für einen Ausbau

des Stromtankstellenetzes ein, so dass dieses das Stadtgebiet abdeckt.

Umgehungsstraßen fördern die Zersiedelung, zerschneiden die Ortsränder und ziehen weiteren Verkehr an. Deshalb lehnen wir weitere Umgehungsstraßen für Oberursel ab. Im Einzelfall können aber zusätzliche Straßenbaumaßnahmen erforderlich sein, um eine bessere Verkehrslenkung und damit eine Entlastung der Anwohner von stark belasteten Straßen zu schaffen. Daher setzen wir uns für die Anbindung der Weingärtenumgehung an die Nassauer Straße ein.

GRÜNE Verkehrspolitik für Oberursel heißt konkret:

- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit im Stadtgebiet, sobald die StVO das zulässt
- Bis dahin: Tempo 30 auf Teilabschnitten der Hauptstraßen in Oberursel wie z.B. in der Kurmainzer Straße
- Konsequente Weiterführung des barrierefreien Ausbaus der Bushaltestellen
- Beschleunigte Förderung des Radverkehrs, z. B. durch Ausbau der Radwege und der Radwegebeschilderung
- Bestellung eines ehrenamtlichen kommunalen Radfahrbeauftragten, der als Träger öffentlicher Belange in der Verkehrs- und Bauleitplanung gehört werden muss
- Förderung des Zu-Fuss-Gehens durch attraktivere und sicherere Wegeverbindungen
- Anbindung der Weingärtenumgehung an die Nassauer Straße
- Verzicht auf die Südumgehung

Kapitel 5: FINANZEN UND WIRTSCHAFT

Wir GRÜNE stehen für eine solide und verantwortliche Haushaltspolitik. Zur Sicherung der Lebensqualität zukünftiger Generationen dürfen wir diesen genauso wenig finanzielle Lasten hinterlassen wie ökologische.

In Sinne eines nachhaltigen und zukunftsfähigen Umgangs mit den städtischen Finanzen haben Ausgabenbegrenzung und Schuldenabbau für uns einen hohen Stellenwert. Steuern- und Abgabenerhöhungen kommen für uns nur in Frage, wenn anders die städtischen Kernleistungen nicht finanziert werden können. Ein wesentlicher Teil der städtischen Steuereinnahmen entzieht sich dem Zugriff der Stadt, weil er für die Umlagenfinanzierung des Kreises und des Landes in Anspruch genommen wird. Unser erklärtes Ziel „ausgeglichener Haushalt“ steht insofern unter Vorbehalt sich verschlechternder Rahmenbedingungen.

Eine florierende Wirtschaft trägt durch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und die Entrichtung von Steuern zum materiellen Wohlergehen der Stadt Oberursel bei. Deshalb wollen wir GRÜNEN den Verbleib und die Ansiedlung von Unternehmen im Oberurseler Stadtgebiet unterstützen. Dabei legen wir großen Wert auf Umweltverträglichkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir wollen weiter drauf drängen, dass Oberursel im Sinne einer „fairen“ Stadt bei der Beschaffung von Waren und Leistungen die Lieferanten zur Einhaltung sozialer und ökologischer Standards verpflichtet.

GRÜNE Wirtschafts- und Finanzpolitik heißt konkret:

- Überprüfung städtischer Ausgaben auf Kosten- und Leistungsgerechtigkeit
- Transparentes Haushaltsaufstellungsverfahren, das auch die Mitwirkung der Bürger gewährleistet
- Seriöse, nicht auf Spekulation beruhende, Kreditwirtschaft
- konsequente Korruptionsprävention
- Transparente Vergabeverfahren und Berücksichtigung ökologischer und sozialer Beschaffungskriterien
- Initiativen zur Kooperation mit anderen Gemeinden, um Synergien zu erzielen und Kosten zu sparen

Kapitel 6: BÜRGERBETEILIGUNG UND DEMOKRATIE

Oberursels Stärke zeigt sich in der hohen Integrationskraft der Bevölkerung und dem vielfältigen Engagement der Menschen für das Gemeinwesen und die soziale Gemeinschaft.

Dies zeigt sich z.B. durch aktive Mitarbeit in Vereinen, bei ehrenamtlichem Engagement für Institutionen oder bei Festen sowie der Übernahme von Patenschaften. Dieses Bürgerengagement ist unabdingbar für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und bedarf daher der Unterstützung und Förderung der Stadt.

Eine gesunde Demokratie braucht Bürgerengagement, Transparenz und Bürgermitwirkung. Misstrauen zwischen der Bevölkerung und ihren gewählten Vertretern ist Gift für das städtische Gemeinwesen. Deshalb wollen wir GRÜNEN uns weiter für Transparenz, Offenheit sowie erweiterte Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger einsetzen. So soll gewährleistet werden, dass die Bürgerschaft auch zwischen den Wahlen in kommunale Entscheidungen eingreifen kann und diese überprüf- und nachvollziehbar sind.

GRÜNE Politik für mehr Bürgerbeteiligung und Demokratie in Oberursel heißt konkret:

- Etablierung fester Leitlinien für eine konsequente Bürgerbeteiligung
- Einführung von Bürgeranträgen, d.h. Anliegen, die von mindestens 0,5 % der Einwohner von Oberursel unterstützt werden, können als Antrag in die zuständigen städtischen Gremien eingereicht werden
- Bürgerinnen und Bürger sollen das Recht erhalten, Bürgerversammlungen zu beantragen
- Verbesserung der Einflussmöglichkeiten für Jugendliche durch Einrichtung eines Jugendparlamentes und eine bessere Vernetzung mit den politischen Gremien
- Schaffung von Ortsbeiräten für Oberursel-Nord und Oberursel-Mitte, damit alle Bürgerinnen und Bürger über die selben Partizipationsmöglichkeiten verfügen
- Ortsbeiräte sollen mit einem eigenen jährlichen Etat ausgestattet werden
- Ortsbeiräte sollen ein eigenes Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung erhalten
- Information der Öffentlichkeit über aktuelle und anstehende Vorhaben von Magistrat und Verwaltung durch eine Vorhabenliste nach Beispiel der Stadt Heidelberg

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

Stadtverordnetenversammlung:

1. Christina Herr
2. Frank Böhme
3. Sabine Behrent
4. Stephan Schwarz
5. Renate Krämer
6. Wolfgang Schmidt
7. Doris Staab
8. Norbert Halas
9. Fiona Becker
10. Ilja Moreth
11. Petra Elsenheimer
12. Daniel Köhler
13. Norman Dießner
14. Lothar Weise
15. Astrid Köhler
16. Peter Matthäy
17. Jutta Sommerer
18. Stephan Jung
19. Elena Bill
20. Lars Stockmann
21. Isolde Mendla
22. Wilfried Günther
23. Irene Herrmann
24. Wolfram Gaigl
25. Thea Bartjes
26. Joachim Krahl
27. Christine Halas
28. Julia Mannsmann
29. Valeri Sochor

30. Dr. Norbert Copray
31. Andrea Feige
32. Simona Papenbrock
33. Dr. Peter Schmidt
34. Florian Sochor
35. Anna Sommerer

Ortsbeirat Oberstedten:

1. Joachim Krahl
2. Peter Matthäy
3. Wolfgang Schmitt

Ortsbeirat Stierstadt

1. Stephan Jung
2. Fiona Becker
3. Wilfried Günther
4. Andreas Kühnel
5. Werner Kühnel

Ortsbeirat Weißkirchen

1. Ilja Moreth
2. Isolde Mendla
3. Stephan Schwarz
4. Thea Bartjes



FÜR ALLE, DIE OBERURSEL GRÜN MÖGEN.



6. März: GRÜNE wählen!

gruene-oberursel.de

MEHR
GRÜN FÜR UNSER
OBERURSEL 